

**HWW beantragen 16,6 Mio. cbm/a
Trinkwassergewinnung aus der
Nordheide für die nächsten 30
Jahre**

erschienen am:
2010-01-31 im europaticker

**CDU will Trinkwassergewinnung
in der Nordheide mit Staatsvertrag
länderübergreifend regeln**

Seit rund 25 Jahren pumpt Hamburg Grundwasser aus der Nordheide nach Hamburg – derzeit jährlich 15,7 Mio cbm auf der Grundlage einer Erlaubnis, die die damalige Bezirksregierung nach Ablauf der Bewilligung Ende 2004 erteilt hat. Nach nunmehr fast 5 Jahren Stillstand ist das neue Bewilligungsverfahren jetzt in Gang gekommen. Vor kurzem legte Hamburg dem Landkreis Harburg als Bewilligungsbehörde seinen Antrag auf Förderung von jährlich 16,6 Mio cbm für die nächsten 30 Jahre vor. Die in 15 Aktenordnern gebündelten Unterlagen lagen bis zum 23. Januar 2010 öffentlich aus und werden politisch – bevor sie im Kreistag behandelt werden – in den Gremien der betroffenen Samtgemeinden Handstedt, Salzhausen und Tostedt beraten.

Die HWW haben aus dem bisherigen Grundwasserangebot für die Trinkwasserversorgung Hamburgs insgesamt etwa 10 Mio. cbm/a zugunsten der Belieferung neuer Kunden in Lübeck und in Südwest-Holstein herausgenommen. Das WW Großhansdorf beliefert künftig Lübeck. Das Wasserwerk Haseldorfer Marsch wurde der Holstein Wasser zum Nießbrauch überlassen. Die hier "verloren gegangenen" 10 Mio. cbm/a sollen nun durch Nordheidewasser ersetzt werden.

Der Umweltausschuss im Niedersächsischen Landtag hat in seiner Sitzung am Donnerstag (25.01.2010) länderübergreifende Regelungen zur Trinkwassergewinnung in der Nordheide beraten. Dazu erklärten der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Martin Bäumer und der CDU-Landtagsabgeordnete Heiner Schönecke: „ Klar ist, dass die Trinkwassergewinnung in der Nordheide neu geregelt werden muss. Ein erneutes Verwaltungsabkommen mit den Hamburger Wasserwerken über einen Zeitraum von 30 Jahren lehnen wir aber ab. Stattdessen brauchen wir eine staatsvertragliche Lösung mit kürzerer Laufzeit und geringeren Fördermengen als heute.“

Dabei komme es insbesondere auf die Belange der Landwirtschaft an. Die Trinkwassergewinnung dürfe nicht dazu führen, dass aufgrund sinkenden Grundwasserspiegels Felder trocken fielen oder andere negative Folgen für die Landwirtschaft auftreten betonten die CDU-Landtagsabgeordneten. „ In den weiteren Beratungen setzen wir uns daher für einen Staatsvertrag mit kürzerer Laufzeit und geringeren Fördermengen ein“ , sagten Martin Bäumer und Heiner Schönecke.

Seit Vorlage des Hamburger Antrages ist im Landkreis eine heftige öffentliche Diskussion entbrannt. Dabei haben sich Bürger und Vertreter von Politik und Umweltverbänden bisher einhellig kritisch mit den Hamburger Vorstellungen auseinander gesetzt.

Das sofortige Ende der Wasserförderung in der Lüneburger Heide hat die Interessengemeinschaft Grundwasserschutz Nordheide (IGN) gefordert. Schon jetzt würden viele Flüsse in der Lüneburger Heide bis zu 50 Zentimeter weniger Wasser führen, Bäche und Feuchtgebiete würden gelegentlich trockenfallen. Der Grund sei die Förderung von Trinkwasser durch die Hamburger Wasserwerke (HWW) in dem Gebiet, glaubt IGN-Sprecher Karl Hermann Ott: "Wir wollen keine Lüneburger Wüste." Die Initiative hat deshalb am Mittwoch beim Landkreis Harburg in Winsen / Luhe ihre förmlichen Einwendungen gegen eine weitere Wasserentnahme eingereicht.

Die IGN wurde 1979 in Hanstedt (LK Harburg) gegründet. Anlass war die beabsichtigte Grundwasserentnahme der Hamburger Wasserwerke in Höhe von 25 Mio. cbm/a aus 30 Tiefbrunnen zwischen Welle im Westen und Salzhausen im Osten. Dieses Projekt würde den Naturhaushalt - insbesondere die Feuchtgebiete - der Nordheide nachhaltig verändern. In den 80er Jahren hat die IGN über zahlreiche öffentliche Veranstaltungen und Aktionen die Politiker in Hamburg und Hannover davon überzeugen können, dass die Fördermenge aus dem Wasserwerk Nordheide begrenzt werden muss. Als Kompromiss wird seit 1986 eine Menge von ca. 15 Mio. cbm/a entnommen (also 10 Mio. cbm/a weniger als genehmigt) .

HWW beantragen 16,6 Mio. cbm/a für die nächsten 30 Jahre

Im September 2009 haben die HWW einen neuen Antrag auf Förderung von 16,6 Mio. cbm/a gestellt. Jetzt gilt es, im Zuge des Bewilligungsverfahrens durch fundierte Anregungen und Einwendungen eine auch dauerhaft umweltverträgliche Wasserentnahme zu erreichen, so die IGN

erschienen am: 2010-01-31 im europaticker